

Keine Schnellschüsse beim Rathaus-Neubau

Zum Artikel „CDU steht zu Rathaus-Neubau in Neuenkirchen“ (Ausgabe 21. Oktober) und zum Leserbrief „Für Neuenkirchen gemeinsam etwas Gutes schaffen“ (Ausgabe 22. Oktober):

„Ich begrüße es, dass sich die 19 amtierenden CDU-Fraktionsmitglieder des Samtgemeinderats erneut Gedanken über den Neubau des Rathauses gemacht haben. Man muss allerdings die Aussagekraft jener Erklärung kritisch bewerten, da acht dieser 19 CDU-Beteiligten im zukünftigen Samtgemeinderat (die CDU belegt in der kommenden Legislaturperiode lediglich nur 17 Plätze) gar nicht mehr vertreten sein werden! Mir drängt sich die Frage auf, welchen Wert hat eine solche Stellungnahme dann überhaupt?!

Die angeführten baulichen Mängel sind natürlich durch einen Neubau behebbar, durch eine Sanierung des vorhandenen Gebäudes allerdings auch. Somit gibt es keine Begründung für einen ausschließlichen Neubau.

Der Samtgemeinderat, der auf einer ‚Prioritätenliste der Investitionsmaßnahmen‘, (Punkt 3.4) im Haushaltsplan 2021 vom 07.12.2020, das Neubauvorhaben in die Kategorie 4 – niedrigste Dringlichkeitsstufe – einsortiert hat, zieht trotz Unkalkulierbarkeit der Kosten das Projekt Neubau nach vorne. Viele Privatpersonen und Firmen hingegen stornieren zurzeit ihre Bauvorhaben und warten erstmal die derzeitige wirtschaftliche Lage ab.

Erstaunlich finde ich ebenfalls, dass die doch erhebliche Kostensteigerung in Millionenhöhe lapidar als „bitter und ärgerlich“ bezeichnet wird. Ich würde das mit anderen, dramatischeren Adjektiven belegen.

Ich persönlich wünsche mir eine sachliche Auseinandersetzung, keine übereilten Beschlüsse und keine vorschnellen Umsetzungen, damit der neue Samtgemeinderat eine Chance bekommt, den Bürgerwillen in den Blick zu nehmen!“

*Albin Langelage
Neuenkirchen*

„Die ganze Diskussion über das Bürgerbegehren zum Neubau des Rathauses offen-

bart ein großes, meiner Meinung nach schon seit Jahren bestehendes Problem. Es ist die fehlende offene Kommunikation zwischen den Kommunalpolitikern und ihren Bürgern. Es zeigt sich jetzt gerade beim Thema Rathausneubau, wie verärgert und teilweise auch wütend die Bürger sind. Sie fühlen sich übergangen, mangelhaft und zu spät informiert. [...]

Es gibt das Samtgemeinde-Informationsblatt, es ist ein geeignetes Medium, welches die Entscheidungsträger gezielt für eine zeitige und umfassende Information der Bürger hätte nutzen können. Warum wurde das versäumt?

Eine frühzeitiges Einholen der Meinung der Allgemeinheit hätte das nötige Feedback, aus der Bevölkerung, gegeben. Man hätte dann noch frühzeitig reagieren können. Warum wurde das versäumt?

Von den Initiatoren des Bürgerbegehrens wurde erst kürzlich eine Podiumsdiskussion mit allen beteiligten Parteien vorgeschlagen, darauf wurde seitens der Samtgemeinde nicht reagiert. Politischer Einsatz des Bürgers ist anscheinend nur bei der Wahl seiner Vertreter gefragt, mit deren Entscheidungen hat er sich dann aber bitte schön abzufinden, eine nachträgliche Einmischung ist nicht erwünscht. Bei einem Bauvorhaben, das Steuergelder in Höhe von 6,5 Millionen Euro verschlingt, sollte das anders sein.

Hat es denn wirklich keine Einsparmöglichkeiten bei den Neubauplänen gegeben?

Es wird sich bei der Entscheidung immer auf den Bürgerwillen berufen, aber wissen die Verantwortlichen denn wirklich, was der Bürger will? Das Bürgerbegehren hätte hier noch für die nötige Klarheit sorgen können. Das hat nichts mit Täuschung, Unruhestiftung oder gar Verfälschung des Bürgerwillens zu tun. Es ist ein politisches Mittel zur Mitbestimmung der Bürger. Ich nenne das Demokratie – und die wollen wir doch alle. [...]"

*Jürgen Schuckmann
Neuenkirchen*

► Leserbriefe sind Meinungsäußerungen von Lesern. Beiträge können Sie an leserbriefe@noz.de oder an: Neue Osnabrücker Zeitung, Leserbriefe, Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück schicken. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.